

# Evangelische Verantwortung

## „Hoffnung macht mir, dass irgendwann auch die 68er abtreten müssen“ –

Der Liedermacher Heinz Rudolf Kunze  
über Gott, Welt, Politik und Werte

**Evangelische Verantwortung:** Sie haben einmal in einem Interview im Zusammenhang mit dem Prozess des Älterwerdens gesagt, dass dieser wohl leichter zu ertragen sei, wenn man gläubig sei, Sie hingegen würden an nichts glauben und auch nichts erwarten. Heute präsentieren Sie mit Ihrer Band den Song für den 30. Evangelischen Kirchentag, wie passt das zusammen?



*Ich halte Glaube für möglich und eigentlich auch für erstrebenswert.*

**Heinz Rudolf Kunze:** Ach, man sagt soviel, wenn das Leben lang ist. Was meinen Sie wohl, wie viele Interviews ich schon gegeben habe, pro Platte sind es ungefähr 200. Das ist jetzt die 25. Platte. Jetzt können wir das mal ausrechnen (lacht).

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

Editorial	3
Menschenrechtspolitik	5
Evangelisches Leserforum	8
Kulturkampf der SPD gegen die Kirchen	10

Wenn ich gesagt habe, ich glaube an nichts, ich erwarte nichts, dann habe ich gelogen, oder ich hatte schlechte Laune oder war mit dem falschen Fuß aufgestanden oder der Kaffee war sauer oder was weiß ich. Es ist richtig, dass ich nicht an sehr viel glaube und auch nicht an sehr viel Konkretes, was ich mir mit Rauschbart und Engelsflügeln vorstellen kann. Aber an gar nichts zu glauben, das war sicherlich von mir entweder glatt gelogen, oder ich habe mich völlig im Tag vergriffen (lacht).

**Evangelische Verantwortung:** In dem Lied „Abschied muss man lernen“ heißt es: „Sterben ist eine Brücke, deren Weite keiner kennt. Gehe hinaus ins Licht, das nur wer hier bleibt Dunkel nennt (...) Am Ende soll auch Anfang sein.“ Welche Vorstellung vom Tod verbirgt sich dahinter?

**Heinz Rudolf Kunze:** Eine Wunschvorstellung. Ob das so ist, weiß ich natürlich auch nicht. Manchmal kann man ja auch mit Liedern versuchen, sich selber zu etwas zu überreden, was man gerne glauben möchte.

**Evangelische Verantwortung:** Ist das vielleicht die christliche Vorstellung vom Tod, vom ewigen Leben?

**Heinz Rudolf Kunze:** Eine im weitesten Sinne religiöse auch christliche, aber nicht nur. Ich glaube, da kann sich der Buddhist auch einklinken.

**Evangelische Verantwortung:** Sind Sie denn ein gläubiger Mensch?

*„Manchmal kann man ja auch mit Liedern versuchen, sich selber zu etwas zu überreden...“*

**Heinz Rudolf Kunze:** (hält einen Moment inne) Ich fürchte, das wäre zuviel gesagt. Ich halte Glaube für möglich und eigentlich auch für erstrebenswert. Aber um jetzt sagen zu können, ich bin gläubig, habe ich doch zuviel immer wieder auftauchende Zweifel.

**Evangelische Verantwortung: Sehen Sie darin einen Widerspruch?**

**Heinz Rudolf Kunze:** (langes Schweigen) Bis zu einem gewissen Grade nicht. Bis zu einem gewissen Grade ist Zweifel auch eine lutherische Tugend. Aber wenn die Zweifel so ins Grundsätzliche gehen, so dass man sich wirklich fragt, ob denn dieser Sinn überhaupt besteht, dann würde ich doch sagen, dass mein Glaube einem Schweizer Käse ziemlich ähnlich ist.

*„Bis zu einem gewissen Grade ist Zweifel auch eine lutherische Tugend.“*

**Evangelische Verantwortung: Hermann Ehlers, der zweite Bundestagspräsident, der Gründer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, hat einmal gesagt: „Wo es keine große Hoffnung gibt, da gibt es auch keine vernünftige Politik“. Könnten Sie den Satz unterschreiben: Wo es keine große Hoffnung gibt, gibt es auch keine große Kunst?**

**Heinz Rudolf Kunze:** Ja, auf jeden Fall. Wie man nun diese Hoffnung beschreibt, woran man sie festmacht, das ist eine andere Sache. Aber Künstler sind auf jeden Fall insofern in einer Parallele zu sehen, zu Predigern, zu Pastoren, zu Theologen, als sie auch an ein Reich glauben, das nicht von dieser Welt ist, das man nicht anfassen und nicht greifen kann.

**Evangelische Verantwortung: Erwarten Sie ein besonderes Engagement von Christen?**

**Heinz Rudolf Kunze:** Ja, ich denke schon. Jedenfalls verstehe ich Leute, die mir das wirklich glaubhaft vorleben wollen, als Leute, die nicht nur in ihrem Kämmerchen vom Himmelreich reden und sich nicht nur in Innerlichkeit verkriechen, sondern, die schon auch versuchen, im uns aufgegeben Diesseits das Bestmögliche zu machen.

**Evangelische Verantwortung: Wie könnte das Engagement konkret aussehen?**

**Heinz Rudolf Kunze:** Das muss jeder selber wissen, da gibt es keine parteipolitische Anbindung, glaube ich. Das ist vielfältig möglich.

**Evangelische Verantwortung: 1988 haben Sie das Lied „Das weiche Wasser bricht den Stein“ von Dieter Dehm zum 125-jährigen Jubiläum der SPD für die Partei aufgenommen. Wäre ein**

**Song von Heinz Rudolf Kunze zum Bundestagswahlkampf 2006 denkbar?**

**Heinz Rudolf Kunze:** Völlig undenkbar. Ich glaube nicht, dass ich noch einmal so weit gehen würde, mich an eine Partei mit irgendwelchen propagandistischen Maßnahmen zu binden. Das damals war auch weniger politisch motiviert, sondern mehr aus Befriedigung persönlicher Eitelkeit heraus. Als Dieter mir erzählte, dass Willy Brandt auch mitmachen wird, habe ich gesagt, ich möchte unbedingt mal auf einer Platte mit Willy Brandt zusammen sein. Das war der einzige Grund.

**Evangelische Verantwortung: Berührungspunkte mit der Politik gibt es bei Ihnen dennoch immer. Sie sind beispielsweise seit 2003 als Sachverständiger in der von allen Bundestagsfraktionen eingesetzten Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. Was hat Sie bewogen, sich dort zu engagieren?**

**Heinz Rudolf Kunze:** Eigentlich auch wieder eine spontane menschliche Geste. Günther Nooke, der Kulturpolitische Sprecher, hat mich angerufen, und ich habe mich so oft in meinem Leben vor öffentlichen Ämtern und Funktionen gedrückt, dass er mich ganz einfach auf dem richtigen Fuß erwischt hat. Und da habe ich gesagt, na gut, jetzt haben sie mich. Also, ich mag ihn sehr gerne, ich finde ihn sehr nett, wir haben uns gleich gut verstanden beim ersten Gespräch und als er mich anrief, sagte ich ihm schon: „Sie wissen aber schon, dass ich parteilos bin.“ „Ja, ja, aber das stört uns nicht.“ – und da haben wir es eben gemacht.

**Evangelische Verantwortung: Sie haben sich einmal als wertekonservativ bezeichnet. Was verstehen Sie darunter?**

**Heinz Rudolf Kunze:** Oh, das ist ein langes Thema. Aber es ist schon im Prinzip richtig. Auch das ist nicht parteipolitisch festzumachen. Ich habe jetzt durch meine Arbeit in Berlin Leute kennen gelernt, von Herrn Zehetmair von der CSU bis hin zu Antje Vollmer. Beide empfinde ich vollkommen gleichermaßen als wertekonservativ. Das ist eine Grundeinstellung, die man mit drei Buchstaben vor dem Namen eines Parteiiekettes nicht erklären kann.

**Evangelische Verantwortung: Können Sie noch ein paar Werte nennen, die Sie für wichtig erachten?**

**Heinz Rudolf Kunze:** Ich finde schon, dass so altmodische Werte wie Familie z.B. etwas Schützenswertes und Besonderes sind. Viele von den so genannten deutschen Tugenden, die jetzt manchmal so spöttisch kleingeredet werden und gleich mit

# Liebe Leserin, lieber Leser,

**in diesem Monat feiern wir gemeinsam den 30. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover.**

Sein Motto ist dem 5. Buch Mose, dem 6. Kapitel, entnommen und lautet: **„Wenn dein Kind (Sohn) dich morgen fragt...“** (5. Mose 6,20 ff). Mit mahnenden Worten wird an dieser Stelle des Alten Testaments nicht nur noch einmal das Grundbekenntnis des Volkes Israel eingeschärft (das berühmte „Höre, Israel“). Es wird auch dazu aufgerufen, eben dieses Grundbekenntnis zu Gott, seinen Taten und seinen lebensförderlichen Weisungen in der Erinnerung des Volkes für künftige Generationen auch weiterhin lebendig zu erhalten. Ein zentrales Datum biblischen Denkens ist die Erinnerung, Bewahrung und Weitergabe des Wortes Gottes an die nachfolgenden Generationen.

Diese Mahnung aus dem Alten Testament, nämlich selbst eine Antwort auf die zentralen Fragen des Lebens zu haben, wenn uns unsere eigenen Kinder – wann auch immer – einmal fragen werden, ist für uns von nicht nur bleibender, sondern sogar von immer dringlicher werdender Bedeutung: In einer Zeit des Wertewandels und der zunehmenden allgemeinen Orientierungslosigkeit in Glaubensdingen, in einer Zeit des wachsenden moralischen Relativismus und des ungezügelter Individualismus haben wir hier viel Arbeit vor uns. Als Christen in der Politik allzumal.

Auch wenn es keine „christliche“ Politik geben kann, so gibt es doch Politik aus christlicher Verantwortung und Motivation. Als Christdemokraten des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU stehen wir zu einer solchen Verantwortung und Politik auf der Basis unseres christlichen Menschenbildes – und dies seit nunmehr über 53 Jahren. Beim EAK wissen wir, dass neben der sachorientierten politischen Arbeit auch folgende Maxime immer gilt: Ein wenig mehr von dem über die Lippen gehen zu lassen, was einen auch im tiefsten Herzen bewegt, das gehört eben auch zur Glaubwürdigkeit in der Politik dazu.

Der deutsche Liedermacher Heinz Rudolf Kunze, von dem auch das diesjährige offi-

zielle Kirchentagslied stammt, hat – entsprechend dem Kirchentagsmotto – sehr schön formuliert:

*„Wenn dein Kind Dich morgen fragt, wozu sind wir auf der Welt, wenn es anfängt sich zu wundern, wenn es wissen will, was zählt; seine Augen sind so groß, wie ein weites Menschenmeer, dann bleib nicht die Antwort schuldig, fällt sie Dir auch noch so schwer.“*


– Als EAK der CDU/CSU werden wir uns auch weiterhin bemühen, die notwendigen politischen Antworten, Verpflichtungen und Verantwortungen, die aus unserem christlichen Bekenntnis fließen, nicht schuldig zu bleiben.

Als Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU freuen wir uns darum auf den diesjährigen 30. Evangelischen Kirchentag in Hannover. Gemeinsam wollen wir etwas bewegen zum Wohle unseres Landes. Zusammen mit den Kirchen gilt es eine menschenwürdige und verlässliche Zukunft für unsere Gesellschaft zu bauen und mitzugestalten. Möge der diesjährige Kirchentag uns dazu erneut inspirieren und motivieren.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch an unserem Kirchentagsstand in Halle 5 auf dem „Markt der Möglichkeiten“, der diesmal unter dem Motto steht: „Wenn dein Kind dich morgen fragt... – Gemeinsam in christlich-demokratischer Verantwortung“.

Gottes Segen!

Ihr



Thomas Rachel  
(Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU)



*„Ein wenig mehr von dem über die Lippen gehen zu lassen, was einen auch im tiefsten Herzen bewegt, das gehört eben auch zur Glaubwürdigkeit in der Politik dazu.“*

dem Nazismus in einen Topf geworfen werden, sind eigentlich doch sehr wertvoll, vor allen Dingen, wenn man im Ausland feststellt, wie wir eigentlich darum beneidet werden. Hierzu zählen auch Eigenschaften wie Disziplin, Pünktlichkeit, die so genannten preußischen Eigenschaften. Ich bin gerne Preuße, das bin ich ja auch von der Herkunft einer.

**Evangelische Verantwortung: Sehen Sie Gefahren für die Zukunft unserer Gesellschaft?**

**Heinz Rudolf Kunze:** Ja, natürlich jede Menge. Dazu müssen Sie ja nur die Zeitschriften aufschlagen und das Fernsehen anmachen. Meine größte Sorge zurzeit ist eigentlich die Art und Weise, wie wir mit unseren Medien umgehen und wie unsere Medien mit uns umgehen. Es wird für mich zu einer ganz gefährlichen molochartigen Gewalt im Staate, die die anderen Gewalten schon fast erdrückt, manchmal auch überlagert. Und wenn ich sehe, wie Politiker danach hecheln, vorteilhaft in den Medien vorzukommen, wie sie alle ihre Entscheidungen auf die Wirksamkeit abstimmen und wie Medienleute „machen“ und vernichten können, wird mir angst und bange. Medien können eine gute Sache sein, indem sie schnell und global Menschen zusammenschließen und vernetzen und informieren. Und auch das, was in den Medien als Unterhaltung geleistet worden ist, will ich überhaupt nicht kleinreden. Aber ich habe das Gefühl, dass da Instanzen fehlen in unserem Land, eigentlich in der gesamten westlichen Welt, die Medien doch noch einmal zu kontrollieren und zur Ordnung zu bringen.

**Evangelische Verantwortung: Was hat Sie in letzter Zeit am meisten erfreut?**

**Heinz Rudolf Kunze:** Sie meinen das jetzt im politischen Sinn?

„Ich bin gerne Preuße, das bin ich ja auch von der Herkunft einer.“

**Evangelische Verantwortung: Nicht unbedingt. Heinz Rudolf Kunze: (zögert)**

**Evangelische Verantwortung: Oder was macht Ihnen Hoffnung?**

**Heinz Rudolf Kunze:** Hoffnung macht mir, dass irgendwann auch die 68er alt werden und abtreten müssen.

**Evangelische Verantwortung: Eine letzte Frage. Was planen Sie für die Zeit vom 25. – 29. Mai? Wissen Sie das schon?**

**Heinz Rudolf Kunze:** Ja, ich werde natürlich hier in Hannover beim Kirchentag sein. Ich werde unter anderem eine Bibelarbeit mit gestalten und mich dann an mein germanistisches Proseminar aus meiner Studentenzeit erinnern. Ferner gebe ich am 27. Mai mit meiner Band ein Openairkonzert auf dem Opernplatz in Hannover. Das wird sicherlich eine schöne Sache, denn da werden ja auf jeden Fall doch viele tausend Leute sein.

**Evangelische Verantwortung: Wird der Privatmann „Heinz Rudolf Kunze“ auch mal über den Kirchentag schlendern?**

**Heinz Rudolf Kunze:** Das wird wohl kaum möglich sein, weil das genau die Zeit ist, wo wir auch schon wieder Open-Air spielen, d.h. am 28. habe ich auch schon wieder einen Auftritt. Ich bin also zur Bibelarbeit hier, beim Konzert – ansonsten bin ich, denke ich, gar nicht in Hannover.

**Evangelische Verantwortung: Vielen Dank für das Interview.**

*Das Interview mit Heinz Rudolf Kunze führte Melanie Liebscher.*

## Die Geschichte des EAK!



Das Buch zum 50-jährigen Jubiläum des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



Zum Preis von 5,- Euro (inkl. Porto- und Versandkosten). Zu beziehen über:

Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon: 0 30-22 07 04 32, Telefax: 0 30-22 07 04 36, E-Mail: eak@cdu.de

# Menschenrechtspolitik – Anspruch und Herausforderung

Dr. Friedbert Pflüger MdB

Die Hoffnung, dass das Ende des Kalten Krieges zu vermehrter Achtung der Menschenrechte führen würde, hat getrogen. Nationalismus, Rassismus und insbesondere religiös motivierter Fanatismus drohen die Nachfolge von Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus anzutreten. Neue Krisenherde entstehen, alte Konflikte brechen – mit den technischen und medialen Machtmitteln der Moderne – wieder auf.

In jedem Fall gibt es mit Blick auf die Menschenrechte nicht den geringsten Anlass zur Entwarnung. Aus jüngster Zeit ließen sich zahlreiche Beispiele nennen: Ruanda 1994, Sudan 2004 oder auch das ehemalige Jugoslawien. Auf die Situation in zwei Krisenregionen – Irak und Tschetschenien – gehe ich exemplarisch näher ein.

Wer wollte bestreiten, dass Saddam Hussein ein brutaler Diktator gewesen ist? Sein Regime ist mit der Zeit immer furchtbarer geworden. Im eigenen Land führte er Krieg gegen Kurden und Schiiten. An einem einzigen Tag im März 1988 ließ er 5.000 Kurden in Halabadscha mit Giftgas ermorden. An einem Tag 5.000 Menschen! Die Schätzungen der Opfer der Saddam-Gewaltherrschaft reichen von mehreren hunderttausend bis zu zwei Millionen Toten. Im Irak sind inzwischen um die 200 Massengräber gefunden worden. Oftmals lebten die Opfer noch, als man sie mit Erde zuschüttete. Von all dem hat man im übrigen wenig gehört bei den Anti-Kriegs-Demonstrationen in Deutschland!

Der Ehrgeiz der herrschenden Clique um Saddam Hussein, das Land in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu bringen, war stets groß. Was dieses Thema anbetrifft, so bin ich übrigens guten Gewissens. Die Grundlage meiner Lagebeurteilung waren öffentlich bekannte Tatsachen aus der Arbeit der VN-Inspektoren, mit denen ich zum Teil persönliche Gespräche führte, die geheimen Briefings unseres Bundesnachrichtendienstes (BND) sowie vor allem die Berichte von VN-Chefinspektor Hans Blix und schließlich die öffentlich zugänglichen Erklärungen der deut-

schen Bundesregierung. Der BND hat im übrigen inzwischen mehrfach davor gewarnt, aus der Tatsache, dass bisher kein greifbarer Fund von Massenvernichtungswaffen im Irak vorliegt, voreilige Schlüsse zu ziehen.

Zur Frage der völkerrechtlichen Legitimation des militärischen Einschreitens gegen das Regime Saddam Husseins nur soviel: In Somalia, in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo hat es bereits in den neunziger Jahren humanitäre Interventionen der Staatengemeinschaft gegeben. Damals gab es einen breiten Konsens, dass dem Unrecht gegenüber Unschuldigen nicht zugesehen werden dürfe. Der Hinweis auf die völkerrechtlichen Prinzipien von territorialer Integrität und Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten könne nicht Alibi für die Duldung von Massenmord sein. In Srebreniza, aber auch in Ruanda, hätte man sich durch Nichtstun schuldig gemacht.

*In jedem Fall gibt es mit Blick auf die Menschenrechte nicht den geringsten Anlass zur Entwarnung.*



Und so wurden vor den Bombardements gegen Belgrad zur Beendigung von Mord und Vertreibung im Kosovo von Gerhard Schröder, Joseph Fischer und Rudolf Scharping immer wieder Vergleiche zur NS-Diktatur gezogen: Man müsse einen neuen Holocaust verhindern. Milosevic wurde als neuer Hitler hingestellt. Ein VN-Mandat erschien Schröder und Fischer vor der Bombardierung Belgrads nicht notwendig...

Im Irak jedenfalls sind die Menschen froh, dass sie Saddam Hussein los sind – der erste Schritt auf dem Weg in einen bessere Zukunft. Natürlich darf nicht verschwiegen werden, dass die Koalition im Vorfeld – besonders aber nach dem Ende – der so genannten Hauptkampfhandlungen zum Teil schwerwiegende Fehler begangen hat. Das gilt explizit für die Vereinigten Staaten.

*Terror bleibt das brutale Verbrechen an Unschuldigen – jeder Versuch einer Relativierung muss unterbleiben!*

So hätte den Vereinten Nationen viel früher eine größere Rolle im neuen Irak eingeräumt werden müssen. Die Union hat genau dies im übrigen bereits Anfang April 2003 als eine der zentralen Voraussetzungen für Stabilisierung und Wiederaufbau im Irak angemahnt. Zu nennen seien ferner nur die im Widerspruch zur Genfer Konvention stehenden Inhaftierungen in Guantanamo auf Kuba und der Folterskandal im US-Militärgefängnis Abu Ghureib. Zweifelsohne hat dies zu einem Vertrauens- und Ansehensverlust der USA nicht nur in der arabischen Welt geführt. Wer hohe moralische Maßstäbe predigt, muss diesen auch selbst gerecht werden!

Eine nachhaltige Verbesserung der Lebensumstände der Menschen im Irak kann – wie in der Region des „Größeren Mittleren und Nahen Ostens“ überhaupt – nur gelingen, wenn Reformmaßnahmen und Demokratisierungsbemühungen als Prozesse gesellschaftlicher und politischer Eigenentwicklung begriffen werden. Es existieren auch in der arabischen Welt demokratische Traditionen, an die anzuknüpfen ist. In einzelnen Ländern gibt es dabei durchaus nennenswerte eigene Reformansätze, die sich unter Beachtung der universellen Gültigkeit der Menschenrechte zu spezifischen Formen von Partizipation und Demokratie entwickeln können. Der Westen muss derartige Unterschiede respektieren. So haben beispielsweise zivilgesellschaftliche Organisationen des arabischen Raumes auf einer Konferenz im März diesen Jahres in Alexandria ein Papier mit umfassenden und weit reichenden Reformvorschlägen verabschiedet: Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, die durch niedrige Wachstumsraten, einen niedrigen Anteil am Welthandel, hohe Arbeitslosigkeit bei steigender Zahl Arbeitssuchender und den Anstieg der Armut geprägt ist, sei eine Liberalisierung der Wirtschaft und die Förderung von wirtschaftlicher Integration auf regionaler und internationaler Ebene erforderlich. Dieser Prozess müsse durch institutionelle und strukturelle Reformen im politischen Bereich sowie durch gute Regierungsführung, Gewaltenteilung, durch Verbesserung von Bildung und Ausbildung, durch Stärkung der Zivilgesellschaft, Meinungs- und Informationsfreiheit und durch kulturelle Veränderungen begleitet werden. Auch die Arabische Liga beschäftigt sich jetzt mit den Fragen von Demokratie und Partizipation. Das zeigt, dass auch in der Region Reformen zunehmend nicht nur als technische Modernisierung verstanden werden.

Mit Blick auf die Menschenrechtssituation in Tschetschenien spricht die bekannte Journalistin Anna Politkowskaja von einem „Ghetto der Jetzt-

zeit“. Aber Frau Politkowskajas erschreckende Reportagen, wie auch die Berichte internationaler Menschenrechtsorganisationen (Human Rights Watch, Amnesty International, Gesellschaft für bedrohte Völker) lassen keinen Zweifel daran, dass das russische Militär in Tschetschenien einen „schmutzigen“ Krieg führt, der genau das provoziert, was er vorgibt zu bekämpfen: Terror, immer schlimmeren Terror: „Säuberungen“, Entführungen, „Filtrationslager“, Plünderungen, Folterungen und Erpressungen haben weit mehr als 100.000 Tschetschenen – und tausenden von russischen Soldaten – das Leben gekostet. 400.000 Flüchtlinge gab es, unzählige Tschetschenen sind bis heute verschollen. Die Witwe von Andrej Sacharow, Jelena Bonner, spricht vom „faktischen Genozid“ an dem 1-Millionen-Volk der Tschetschenen.

Allerdings: So wenig es auch nur irgend eine Rechtfertigung für die von russischen Kräften in Tschetschenien begangenen Verbrechen geben kann, so wenig gibt es sie für den tschetschenischen Terror in Russland! Terror bleibt das brutale Verbrechen an Unschuldigen – jeder Versuch einer Relativierung muss unterbleiben!

Ein Einmischungsverbot bei Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien gibt es nicht. Das hat der damalige Fraktionsvorsitzende der Grünen, Fischer, am 19. Januar 1995 im Bundestag zutreffend gesagt. Leider ist davon in seiner Politik nichts mehr zu spüren, zumal der Außenminister, was die deutsche Russlandpolitik betrifft, nicht mehr stattfindet. Symptomatisch dafür ist, dass in seinem als wegweisend apostrophierten Text „Die Rekonstruktion des Westens“ (FAZ 6. März 2004) ein so wichtiger Partner wie Russland nicht vorkommt. Der Tschetschenien-Konflikt ist wegen seiner „Islamisierung“ nach 1996 keine rein innerstaatliche Angelegenheit mehr. Wenn Russland den Konflikt selber als Teil des globalen islamistischen Terrors darstellt, muss es als legitim anerkennen, dass die internationale Gemeinschaft – OSZE, Europarat, Vereinte Nationen – in die Befriedung des Konfliktes eingeschaltet wird. Ihn mit Gewalt lösen zu wollen, wird keinen Erfolg haben. Es ist notwendig, dass die Bundesregierung dies den Russen deutlicher als bisher klar macht.

Eine enge Partnerschaft mit Russland wird klare und offene Worte ertragen können, wenn in Russland rechtsstaatliche Prinzipien und Menschenrechte verletzt werden. Das wird auch dem Abschluss von Geschäften nicht schaden, zumal Russland für seine eigene wirtschaftliche Entwicklung ein Interesse an enger Zusammenarbeit mit

Deutschland hat. Wenn aus Sorge, durch Offenheit Geschäfte verlieren zu können, auf das deutliche Ansprechen von Missständen verzichtet wird, dann verkehrt sich Partnerschaft in Opportunismus und Anbiederei. Ein solches Verhalten wird von russischer Seite nur als Schwäche interpretiert und ausgenutzt. Und es unterminiert die mühsame und inzwischen wieder gefährliche Arbeit derjenigen Russen, die sich für die Demokratisierung des Landes einsetzen.

Lassen Sie mich abschließend einige grundsätzliche Anmerkungen machen: Die Anforderungen an die Menschenrechtspolitik müssen in einer diffus gewordenen Umwelt noch steigen: Die Beobachtungs- und Dokumentationsmöglichkeiten von Menschenrechtsverletzungen, die Zusammenarbeit mit internationalen Menschenrechtsorganisationen, das Anreiz- und Sanktionsinstrumentarium der freiheitlichen Staaten, aber auch der internationalen Institutionen, allen voran der Vereinten Nationen, müssen der weltpolitischen Situation zu Beginn des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Es gilt, ihre Wirkung zu verfeinern und zu verstärken. Es ist eine ethische Pflicht, aber es entspricht auch der grundsätzlichen Interessenlage der deutschen Politik, bei der Formulierung und Durchsetzung einer weltweiten Menschenrechtspolitik eine führende Rolle zu spielen.

Die Forderung nach Achtung der Menschenrechte entspringt einer universalistischen Ethik, die den Menschen nicht nur als Staatsbürger, sondern als Mitbürger ansieht. Aktive Menschenrechtspolitik ist das Gegenteil von „Deutschland zuerst“. Es ist die nicht zuletzt christlichem Denken entspringende Erkenntnis, dass wir gegenüber der ganzen Schöpfung und allen Menschen Verantwortung tragen. Alle Menschen haben ihre Würde. Unterdrückung, Verfolgung und Folter sind auf allen Erdteilen gleichermaßen Unrecht. Zu warnen ist allerdings vor einer Überschätzung unserer Kräfte: zu warnen ist vor Rigorismus in

der Menschenrechtspolitik. Wie jede politische Aufgabe konkurriert sie mit anderen, ebenfalls legitimen Motiven und Zielen. Es gibt Grenzen der Menschenrechtspolitik: Die Idee der Menschenrechte eignet sich nicht für Kreuzzüge. Die gewachsenen Werte und Traditionen anderer Kulturkreise müssen geachtet werden. Vor Selbstgerechtigkeit und der gerne eingenommenen Haltung moralischer Überlegenheit ist zu warnen. Vor allem: Wir selbst müssen mit gutem Beispiel vorangehen.

Es ist verständlich, daß Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International dazu neigen, in jeder Phase eine konsistente und nicht selektive Menschenrechtspolitik zu fordern. Aber Menschenrechte können nicht die einzige Grundlage der Außenpolitik sein. Immer wieder muss der Einzelfall geprüft werden. Immer wieder müssen wir uns die Frage nach unseren Einwirkungsmöglichkeiten, nach der taktisch richtigen Vorgehensweise und den konkreten Auswirkungen für die Menschen stellen. Aber diese Einschränkungen dürfen auf keinen Fall dazu dienen, Menschenrechtspolitik im Rahmen der Außenpolitik abzuwerten. Solche Versuche gibt es immer wieder, zumal in Zeiten wirtschaftlicher Rezession. Menschenrechtspolitik aber ist kein Luxus für gute Zeiten, sondern der Kern unserer politischen Existenz. Ein freiheitliches Selbstbewusstsein kann nur überleben, wenn es auch die Freiheit der anderen in den Blick nimmt.

Unsere in der amerikanischen und französischen Revolution begründete westlich-europäische Kultur bezieht ihre Stärke und Überlebenskraft letztendlich nicht aus der Höhe des Bruttosozialprodukts und der Größe des Waffenarsenals, sondern aus den Ideen von Menschenrecht und Freiheit.

*Dr. Friedbert Pflüger MdB ist Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU- Bundestagfraktion und Mitglied des CDU- Bundesvorstandes*

*Menschenrechtspolitik aber ist kein Luxus für gute Zeiten, sondern der Kern unserer politischen Existenz.*



Seit Dezember 2004 haben insgesamt 244 Leserinnen und Leser 12.082,62 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

**Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:**

**Achtung! Neues Konto:** Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr.: 266 098-300

**Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: [www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de)**

# Evangelisches Leserforum

**Joseph Kardinal Ratzinger/  
Papst Benedikt XVI., Werte in Zeiten  
des Umbruchs. Die Herausforderungen  
der Zukunft bestehen.**

*Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2005,  
ISBN 3-451-05592-9  
160 Seiten, 8,90 Euro*

Eine „Papa-Manie“ ohne Gleichen hat derzeit unseren sonst so launischen Zeitgeist ergriffen. Während „wir“ noch halb in der „Trauerarbeit“ um Papst Johannes Paul II. stecken, haben „wir“ (vgl. die „BILD“ vom 20.04.05: „Wir sind Papst!“) jetzt schon einen neuen Papst, oben drein einen Deutschen – wer hätte das gedacht. Sogar die heutige Jugend – ansonsten nicht gerade ein Hort wiedererwachender christlicher Frömmigkeitstradition – findet jetzt den Papst „cool“, schreit bereits liebevoll ekstatisch ihr „Benedetto!“ und fiebert dem ultimativen Hype dieses Sommers, dem diesjährigen katholischen Weltjugendtag entgegen. Die Verlage müssen nun in aller Eile Ratzingers Werke umbenennen und – angesichts der enormen Nachfrage – nachdrucken. Es ist unglaublich: Ratzinger ist Bestseller!

Pünktlich zum neuen Papst erscheint dessen neues Buch, das sich als Sammlung unterschiedlichster Beiträge rund um den Themenbereich „Politik und Moral“ darstellt und das – dem Autor zufolge – wegen seines unfertigen Charakters eher einer „Skizze“ ähnele, „mehr Frage als Antwort“ sei. Doch was Ratzinger alias Papst Benedikt XVI. hier gerade auf rund 150 Seiten veröffentlicht hat, ist – trotz solch höflich gesetzten Unterstatements – im wahrsten Sinne des Wortes ein Stück vorzüglicher Theologie. Man muss vielleicht wirklich selbst Katholik sein, um des derzeitigen medial veräußerlichten Rummels um Papsttum und Vatikan nicht schon längst überdrüssig zu sein. Um sich vom theologischen Tiefgang und der scharfen Analysefähigkeit des jetzigen Papstes beeindrucken zu lassen, muss man es keineswegs sein. Als Lutheraner ist man bereits für den Titel dankbar: Während in der heutigen protestantischen Theologie um das Thema

„Werte“ ein oftmals weiter bzw. verschämter Bogen gemacht wird, weil man sich ja seit Jüngel mit der überlegenen Gewissheit beruhigen kann, dass das Evangelium eben eine „wertlose Wahrheit“ und somit jegliche Rede von den Werten (insbesondere in der Politik) mehr als fragwürdig sei (weswegen man sie dann eben einfach sein lässt), hat der aktuelle Katholizismus hier in der Tat mehr zu bieten.

Das erste Kapitel „Wonach handeln – Politik und Moral“ versammelt vier Beiträge. Im Ersten geht es um den kritischen Blick der Bibel auf politische Visionen und die Praxis der Politik. Wir lernen hier, warum der Begriff des „Konservativen“ nicht mit der biblischen Erlösungsvorstellung zusammenpasst und von der Ambivalenz der modernen Pseudomythen „Fort-

schritt“, „Wissenschaft“ und „Freiheit“. Dabei findet der Autor deutliche und klare Worte, etwa wenn er von der notwendigen „Heilung der Vernunft“ durch den Glauben und vom Beitrag des Glaubens zur rechten Politik spricht: „Wo Abtreibung als Freiheitsrecht angesehen wird, ist die Freiheit des Einen über das Lebensrecht des Anderen gestellt (...) Gottlob kann sich bei uns niemand erlauben, das zu verspotten, was Juden und was Moslems heilig ist. Aber zu den grundlegenden Freiheitsrechten zählt

man das Recht, das Heilige der Christen in den Staub zu ziehen und mit Spott zu überschütten.“ (S. 26)

Ratzinger macht des Weiteren deutlich, worin die vopolitischen moralischen Grundlagen des freiheitlichen Staates bestehen und zeigt die Grenzen der bloß säkularen Vernunft auf. Er handelt von den moralischen Prinzipien in demokratischen Gesellschaften und fordert einen Ausgleich zwischen individueller Freiheit und gemeinschaftlichen Werten sowie eine Rückbesinnung auf das, was längst in Vergessenheit geraten ist, wenn er mahnt: „Sich von den großen sittlichen und religiösen Kräften der eigenen Geschichte abzuschneiden ist Selbstmord einer Kultur und einer Nation.“ (S.47) Gegenüber dem Phänomen des bloßen Relativismus in den pluralistischen Gesellschaften erläutert er die unverzichtbare Bedeutung religiöser und sittlicher Werte und sagt kritisch über die Kirche: „Nur wenn in ihr selbst diese Wahrheit Kraft hat und die Menschen formt, kann sie auch andere überzeugen und eine Kraft für das Ganze werden.“ (S.64)





Der zweite Teil des Buches befasst sich mit dem Thema „Europa“ und beleuchtet so manche geistigen Fehlentwicklungen und europäischen Identitätsprobleme. Ratzinger fordert die Neubewertung auf die Unantastbarkeit der Menschenwürde, auf Ehe und Familie (in klarer Abgrenzung zum Verlangen homosexueller Lebensgemeinschaften nach einer diesbezüglichen Rechtsform) und eine neue Ehrfurcht vor dem religiösen Bereich. Sein Resümee lautet: „Europa braucht, um zu überleben, eine neue – gewiss kritische und demütige – Annahme seiner selbst, wenn es überleben will. Die immer wieder leidenschaftlich geforderte Multikulturalität ist manchmal vor allem eine Absage an das Eigene, Flucht vor dem Eigenen.“ (S. 88)

Im dritten und letzten Teil des Buches geht es um die Verantwortung für den Frieden, um Gewissen und Wahrheit (hier sträubt sich der Protestant etwas, wenn – mit Augustin – von einer on-

toologischen „Anamnese des Schöpfers“, einem Grundverständnis des Guten, das dem Menschen „eingepägt“ ist, geredet wird), um lebensgefährliche Pathologien für den Frieden und die Gnade der Versöhnung. Das Buch schließt mit der sehr lesenswerten Betrachtung „Der Glaube an den dreifaltigen Gott und der Friede in der Welt“.

Summa summarum: Ein für alle interessierte Christen in der Politik unbedingt lesenswertes Buch. Viel Nachdenkenswertes, viel Tiefgründiges und manches Provokante. Ein politisches Buch und dennoch ein sehr theologisches. Vielleicht eine gute Gelegenheit, auch für einen Protestanten, bei gemütlicher Lektüre und einem Glas Wein auf das Wohl des neuen Papstes anzustoßen: Mögen die ökumenischen Gemeinsamkeiten während dieses Pontifikates größer sein als das Trennende!

Christian Meißner

*Viel Nachdenkenswertes, viel Tiefgründiges und manches Provokante. Ein politisches Buch und dennoch ein sehr theologisches.*

## „Innere Sicherheit – wodurch wird sie heute besonders bedroht?“

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU Kreisverband Esslingen, CDU-Stadtverband Wendlingen und der Arbeitskreis Polizei der CDU des Landesverbandes Baden-Württemberg laden zur Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit dem Innenminister des Landes Baden-Württemberg **Heribert Rech** und dem Journalisten und Buchautor **Udo Ulfkotte** ein.

Die beiden Hauptredner an dem Abend sprechen zu dem Thema:  
„Innere Sicherheit – wodurch wird sie heute besonders bedroht?“

**Veranstaltungsort:**  
Katholisches Gemeindezentrum St. Georg,  
Bürgerstr. 4, 73240 Wendlingen/Unterboihingen (Kreis Esslingen)

**Termin: Dienstag, 31. Mai 2005, 19.30 Uhr**

Wir freuen uns auf ihr Kommen

**Walter Conrath**

Vorsitzender AK –  
Polizei der CDU  
Landesverband  
Baden-Württemberg

**Peter Schuster**

Vorsitzender vom  
Evangelischen Arbeitskreis  
der CDU/CSU Kreisverband  
Esslingen

**Armin Knab**

Vorsitzender  
des CDU-  
Stadtverbands  
Wendlingen



## Kulturkampf der SPD gegen die Kirchen

Thomas Rachel MdB

Die Kraft des christlichen Glaubens, die Johannes Paul II. den Frauen und Männern der Solidarnosc gegeben hat, war der Anfang vom Ende des Kommunismus in Polen.

Die Kraft des christlichen Glaubens, die die Evangelische Kirche den Bürgerrechtlern und Widerstandsgruppen

in der DDR gegeben hat, besiegelte das Ende des real existierenden Sozialismus.

Wir wissen es alle: Die Wiedervereinigung Deutschlands wäre ohne die Kirchen niemals friedlich verlaufen. Das Wachs der Kerzen verstopfte die Waffen der Stasi, die Gebete der Gläubigen öffneten die Tore und Türen zur Freiheit. Die christlichen Wertvorstellungen waren es und sind es, die unserer Demokratie Stabilität verleihen.

Nun sollte man meinen, dass diese Erkenntnis über die Parteigrenzen hinweg anerkannt ist. Aber das ist ein Irrtum. Die SPD hat sich anscheinend auf ihre Agenda 2010 gesetzt, die Kirchen aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen. Wie sonst ist es zu verstehen, dass die Hauptstadt-SPD auf ihrem Landesparteitag mit großer Mehrheit beschließt, die Kirchen aus dem Schulunterricht zu jagen? Waren die Bedingungen für den freiwilligen Religionsunterricht in Berlin aufgrund der SPD Politik schon schwer genug, soll jetzt ein für alle verbindlicher staatlicher Werteunterricht eingeführt werden, der keine Abwahlmöglichkeit zulässt.

Die SPD fällt mit dieser kirchenfeindlichen Politik nicht nur hinter ihr eigenes Godesberger Programm zurück, sondern sie bricht mit der nach 1945 gefassten demokratischen Einsicht, dass der Staat nicht selbst monopolistisch die Werte vermitteln kann, von denen er lebt. Die Bildungsarbeit der Kirchen in der Schule ist ein die Demokratie in unserem Land erhaltender Wert. Und dies wird von der SPD als wertlos erachtet.

Der Bundestagspräsident ist mit seiner Warnung vor einer erneuten Verdrängung der Religion aus der Schule – wie in der DDR – gescheitert und von Wowereit demagogisch abgekanzelt worden.

Die Wowereits und die Müllers geben in ihrer Partei den Ton an: Und der richtet sich schrill und unerträglich gegen die christlichen Stimmen unseres Rechtsstaats.

Wer sich in einer globalisierten Welt orientieren will, der braucht verlässliche Wertmaßstäbe. Religion ist eine eigenständige Dimension menschlichen Lebens. Die Schüler haben ein Grundrecht auf Religionsfreiheit.

Das muss selbst dort gelten, wo SPD und PDS Hand in Hand regieren und meinen, neben einer Einheitsschule auch ein Einheitsfach „Wertkunde“ durchsetzen zu können. Wer soll es denn unterrichten? Ach ja, etwa die Staatsbürgerkundelehrer alter Schule. Und die Inhalte? Vielleicht gibt es ja noch einige Bücher aus der Vergangenheit.

Kein Wunder, dass bei dieser Perspektive ein Aufschrei durch Deutschland geht. Die Menschen spüren instinktiv, dass hier etwas falsch läuft. Als Christen wollen wir dies stoppen.

Wowereit und Co wollen den Staat selbst als Wertevermittler etablieren. Gerade mit Blick auf Berlin muss man sagen, dass hier der Bock zum Gärtner gemacht wird. Im Gegensatz zu SPD und PDS sind wir der festen Überzeugung, dass der freiheitlich, weltanschaulich neutrale Staat keine eigene Kompetenz hat, Vorgaben zu machen. Zu den Grundprinzipien unserer Demokratie gehört die Wahlfreiheit. Dies gilt auch für den Religionsunterricht. Alles andere bedeutet eine „staatliche Weltanschauungsdiktatur“, wie es die FAZ am 11. April auf den Punkt gebracht hat.

Um eines deutlich zu sagen: Der Religionsunterricht ist kein Privileg der Kirchen. Vielmehr ist er ein Freiheitsrecht der Eltern und Kinder. Nur, wer den Religionsunterricht aus freien Stücken wählt, bekommt ihn. Wer diese Wahlfreiheit zur Disposition stellt und ein wertevermittelndes Einheitsfach etabliert, der setzt die Grundfesten der Demokratie aufs Spiel.

Doch worum geht es bei dem einvernehmlichen Handschlag von SPD und PDS in Bildungsfragen?

Die Antwort hat der Theologieprofessor und der SPD Fraktionsvorsitzende der ersten frei gewählten Volkskammer Richard Schröder dem Tagespiegel am 13. März mitgeteilt.

*Die christlichen Wertvorstellungen waren es und sind es, die unserer Demokratie Stabilität verleihen.*

Dort nennt er als Motiv: „Religions- und Kirchenfeindlichkeit. Religionsunterricht, auch der christliche, gilt als gefährlich.“

Der Landesvorsitzende der Berliner SPD, Michael Müller, macht aus seinem Fünfjahresplan zur Verdrängung der Kirchen aus der Schule kein Geheimnis.

Er sagt: „Der staatliche Werteunterricht wird einen Teil der Schüler mittelfristig aus dem Religionsunterricht herausziehen“ und dann brauche man „weniger Zuschüsse an die Religionsgemeinschaften zu zahlen.“ Wenn dies nicht eine klare Ansage zum Kulturkampf ist, dann weiß ich nicht, was je unter Kulturkampf zu verstehen ist.

Es wird höchste Zeit, dass aus der deutschen Hauptstadt andere Signale in unser Land gesendet werden. Es wird Zeit, dass die Hauptstadt endlich die Schulbildung bekommt, von der ganz Deutschland seit Jahrzehnten profitiert.

Und dies geht nur mit den Kirchen und nie gegen sie. Das war, ist und bleibt die tiefe Überzeugung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands.

Rede anlässlich einer aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag am 13. April 2005 zur religionsfeindlichen Politik des Berliner Senats.



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

# Der EAK auf dem 30. Evangelischen Kirchentag in Hannover

## *2. Empfang des EAK im Rahmen des Evangelischen Kirchentages in Hannover*

Mit **Dr. Angela Merkel** MdB,  
Parteivorsitzende der CDU  
Deutschlands,

**Prof. Dr. Dr. Eckhard Nagel**,  
Präsident des Deutschen  
Evangelischen  
Kirchentages,

**Dr. Margot Käßmann**,  
Bischöfin der Ev.-luth. Landeskirche  
Hannovers,

**Christian Wulff** MdL,  
Ministerpräsident des Landes  
Niedersachsen.

## *„Wenn dein Kind dich morgen fragt...“ – Gemeinsam in christlich- demokratischer Verantwortung*

**Besuchen Sie den gemeinsamen Stand  
des EAK, der CDA, des RCDS und der  
Senioren-Union**

**auf dem „Markt der Möglichkeiten“  
in Halle 5 der Messe Hannover  
(Standnr. 5 F 03/05/07/09)!**

Als Gäste an unserem Stand erwarten  
wir unter anderem

**Dr. Angela Merkel** MdB  
am Donnerstag, 26.05., um 13.15 Uhr und

**Dr. Wolfgang Schäuble** MdB  
am Samstag, 28.05., um 14.00 Uhr.

**Einladung zur 42. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU  
vom 10.–11. Juni 2005 in Heidelberg**

**„Zukunft für Deutschland – zwischen ‚Multikulti‘ und ‚Leitkultur‘?“**

**Freitag, 10. Juni 2004**

13.30 Uhr

Eröffnung der 42. Bundestagung in der Stadthalle Heidelberg

**Thomas Rachel** MdB

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Grußworte

**Bundesarbeitskreissitzung**

Delegiertenversammlung

**Neuwahlen zum Bundesvorstand**

16.00–16.30 Uhr

Kaffeepause

16.30–18.00 Uhr

**„Zum Verhältnis von Kirche und Politik in einer pluralen Gesellschaft“**

**Prof. em. Dr. Dr. h. c. Christoph Link**

Hans-Liermann-Institut für Kirchenrecht, Erlangen

18.00–19.00 Uhr

Abendessen

19.15–21.00 Uhr

**Theologisches Abendgespräch**

**„Prägen christliche Werte auch die Gesellschaft der Zukunft?“**

Referenten:

**Bischof Dr. Ulrich Fischer**

Landesbischof der Evangelischen Kirche in Baden

**Prof. Dr. Klaus Berger**

Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität Heidelberg

**Günther H. Oettinger** MdL

Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

21.30 Uhr

**Empfang der Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg, Beate Weber,  
im Prinz Carl Palais**

**Samstag, 11. Juni 2005**

8.30–9.30 Uhr

Gottesdienst in der Heiliggeistkirche

**Dekan Dr. Steffen Bauer**

10.30–12.00 Uhr

**Dr. Angela Merkel** MdB

Vorsitzende der CDU Deutschlands

**„Zukunft für Deutschland in christdemokratischer Perspektive“**

12.00–13.00 Uhr

Mittagessen

13.30 Uhr

Kulturprogramm: Stadtrundgang

15.00 Uhr

Ende der Bundestagung

*(Änderungen vorbehalten)*

Organisatorische Rückfragen an: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, Bundesgeschäftsstelle, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon: 0 30-2 20 70-4 32, Telefax: 0 30-2 20 70-4 36, E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducsu.de

# Antwortbogen

zur Verwendung im  
oder als

Fensterumschlag

Faxformular

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU  
Bundesgeschäftsstelle  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin

Telefax: 0 30-2 20 70-4 36  
E-Mail: [eak@cdu.de](mailto:eak@cdu.de)  
[www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de)

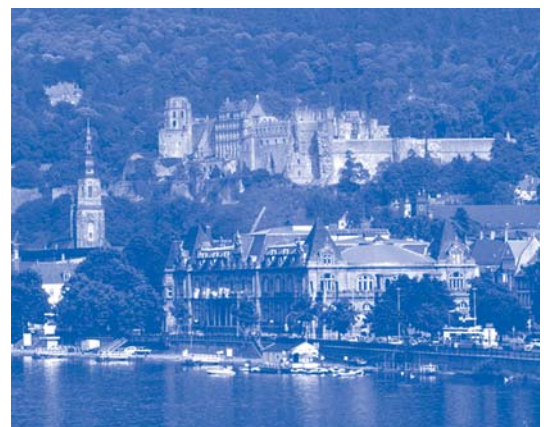


Bitte senden Sie mir die **Unterlagen für meine Anmeldung** zur 42. Bundestagung des EAK der CDU/CSU vom 10.–11. Juni 2005 in Heidelberg zu.

Name	Vorname
Straße	PLZ, Ort
Telefon	E-Mail

Die Anmeldeunterlagen können Sie auch telefonisch unter 0 30-22 07 04 32 bei der Bundesgeschäftsstelle oder über unsere Internetseite unter [www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de) anfordern.

**Anmeldeschluss für die Bundestagung ist der 1. Juni 2005.**



# Aus unserer Arbeit

## Landesvorstand des EAK Sachsen neu gewählt

Die diesjährige Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der Sächsischen Union mit eingeschlossener Neuwahl des Vorstandes galt dem „Verhältnis von Patriotismus und Nächstenliebe“ und will damit zu diesem aktuellen Thema einen Beitrag aus christdemokratischer Sicht anbieten.

Festredner war der EAK-Bundesvorsitzende **Thomas Rachel** MdB. Von einer Untersuchung des Patriotismusbegriffes, der in der Öffentlichkeit so sehr kontrovers verstanden wird, und dem Versuch einer Klarstellung ausgehend, stellte er die Verbindung von Patriotismus und christlichem Glauben her und zeigte dabei, dass Patriotismus, wenn man ihn von christlichen Wurzeln her entwickelt, seinen schillernden und politisch belasteten Charakter verliert, sich vielmehr den Begriffen Nächstenliebe und Heimatliebe nähert und damit geeignet ist, die öffentliche Diskussion in notwendigem Maße zu versachlichen und zu vertiefen.

In der anschließenden lebhaften Diskussion kristallisierte sich die Tatsache heraus, dass Patriotismus und Nationalbewusstsein im Denken der Ostdeutschen erheblich stärker verwurzelt sind als in den westdeutschen Bundesländern.

Denn die Ostdeutschen haben aus diesen Begriffen vierzig Jahre lang Ihren Wunsch nach deutscher Einheit gespeist. Andererseits wurden zur DDR-Zeit diese Begriffe in keiner öffentlichen Diskussion demokratisch gereinigt, so dass auch Teile des schillernden Charakters in der Bevölkerung erhalten geblieben sind.

In seiner Rechenschaftslegung berichtete der Vorsitzende **Dr. Hans Geisler** schwerpunktmäßig über das alljährlich stattfindende Seminar, das der EAK thematisch vorbereitet; ferner über die Gespräche mit Kirchenvertretern auf verschiedenen Ebenen und über Stellungnahmen zu aktuellen politischen Ereignissen und Themen. Ausführlich sprach er über die Unterstützung der in Sachsen sich ausweitenden Initiative erzgebirgischer Gemeinden, den Herbstbußtag für die gewählten Verantwortungsträger in Kommunen, Kreisen und Land als Forum für Rechenschaftslegung, Bekenntnis zu Schuld und Verantwortung sowie für Fürbitten zu öffnen.

Die Landesversammlung wählte erneut **Dr. Hans Geisler** zum Landesvorsitzenden und bestätigte auch die beiden Stellvertreter, **Angelika Dreikopf** (Leipzig) und **Staatsminister Dr. Thomas de Maizière**. Zu Beisitzern wurden gewählt Frau **Sigrig Müller** (Seifhennersdorf), **Hans Beck** (Aue), **Hartmut Decker** (Ehrenfriedersdorf), **Dr. Eckhard Koch** (Langebrück), **Alexander Krauß MdL** (Erlabrunn) und **Prof. Günther Schneider** (Grünhainichen).

## Erstes kirchenpolitisches Parlamentsgespräch in NRW

Der Landtag in Düsseldorf war Schauplatz einer Premiere. Hier fand kürzlich zum ersten Mal ein kirchenpolitisches Parlamentsgespräch des Bildungswerkes Düsseldorf der Konrad-Adenauer-Stiftung statt. Die Anregung dazu gab der Vorstand des EAK der CDU im Bezirk Niederrhein unter Führung des Vorsitzenden **Dirk von Hahn** mit Unterstützung des Bildungsbeauftragten **Jörg Singendonk**.

Zum Thema „Kirche und Staat vor schwierigen Prioritätenentscheidungen“ referierten der neue Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, **Rolf Krebs** und **Volkmar Klein** MdL, haushaltspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion und Vorsitzender des EAK Nordrhein-Westfalen.

Gerade vor dem Hintergrund eines zu erwartenden Rückgangs der Kirchensteuereinnahmen bis zum Jahr 2030 um 30 bis 50 Prozent appellierte **Rolf Krebs** an die bewährte Sozialpartnerschaft von Kirche und Staat. Er forderte eine verstärkte Prioritätendiskussion innerhalb der Kirche. **Volkmar Klein** kritisierte die von rot-grün in NRW geplante stärkere Beteiligung der privaten Schulträger an den Kosten.

Darüber hinaus stellte er die Frage, ob es bei der schlechten finanziellen Lage der Kirchen noch vertretbar



v.l.: **Alexander Krauß MdL, Hartmut Decker, Dr. Hans Geisler, Dr. Thomas de Maizière, Dr. Eckhard Koch, Hans Beck**

sei, diese – in Abgrenzung z. B. zu Elternvereinen – als „reiche Träger“ einzustufen. Abschließend kündigte er an, dass die CDU, sollte sie am 22.05.2005 den politischen Wechsel in NRW schaffen, sich verstärkt für die Unterstützung der Kirchen und die Bildung einsetzen wolle.

Als Gäste fanden Vertreter des EAK, der Landtagsfraktion, der Landeskirche, sowie Engagierte aus Schulen, Presbyterien und Diakonischen Werken den Weg nach Düsseldorf. Viele von ihnen forderten trotz schmalen Geldbeutels weitere Investitionen in kirchliche Kindergärten und Schulen. Damit soll Kirche ihrer Verantwortung für eine lebenswerte Zukunft nachkommen bzw. die Selbstständigkeit der Menschen fördern.

Gleich mehrfach wurde ein gemeinsames Vorgehen von katholischer und evangelischer Kirche bei der Festlegung von Prioritäten verlangt. Davon erhoffen sich viele die bessere Nutzung von knappen Ressourcen und ein positives Bild der Kirche in der Öffentlichkeit. Der Familie und Mission gebühre eine ebenso notwendige Zuwendung und müsse als eine der wichtigsten Gruppen zur Erneuerung unserer Gesellschaft erachtet werden.

Der Moderator **Dr. Martin Michalzik**, Leiter des Bildungswerks Düsseldorf der Konrad-Adenauer-Stiftung, zog nach lebhafter und anregender Diskussion ein optimistisches Fazit und beabsichtigt die Durchführung weiterer Themenabende in dieser Reihe.

### Evangelischer Arbeitskreis begrüßt die Familienaktion der badischen Kirchen

Der Landesvorstand des EAK in Baden-Württemberg unterstützt die evangelischen und katholischen Kirchen in Baden in ihrem Bemühen um die Stärkung von Familien und Kindern. Landesbischof Dr. Ulrich

Fischer und Weihbischof Paul Wehrle hatten im Rahmen der zu Ende gegangenen „Woche für das Leben“ für mehr Unterstützung für Familien in Politik und Gesellschaft gewonnen.

„Mit einem vielbeachteten Grundsatzpapier zu Ehe und Familie vor zwei Jahren hat der EAK für eine Verstärkung der Diskussion innerhalb der CDU gesorgt“, betonte EAK-Landesvorsitzender Hans-Michael Bender. Ehe, Familie und Kinder sollen auch künftig ein Schwerpunktthema christdemokratischer Politik sein. Bender erwarte auch von der neuen Landesregierung in Baden-Württemberg, dass sie Erwin Teufels erfolgreiche Familienpolitik fortsetze und ausbaue. „Ohne Kinder gibt es auch für ein erfolgreiches Land wie Baden-Württemberg keine Zukunft.“

Interessierte können Exemplare des EAK-Familienpapiers anfordern unter: EAK Landesgeschäftsstelle Baden-Württemberg, Hasenbergstraße 49b, 70176 Stuttgart.

Oder online abrufen unter: [www.eak-badenwuerttemberg.de](http://www.eak-badenwuerttemberg.de)

### Landesverband in Baden-Württemberg jetzt online!

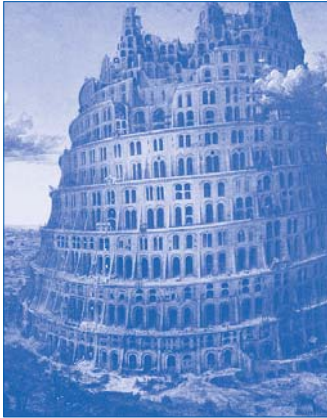
Eine Sitzung des Landesvorstandes des EAK in Baden-Württemberg gab den Startschuss für eine umfassende Information der Öffentlichkeit durch

das neue Internetangebot unter [www.eak-badenwuerttemberg.de](http://www.eak-badenwuerttemberg.de) sowie unter [www.eak-badenwuerttemberg.de](http://www.eak-badenwuerttemberg.de). Interessenten können unter dieser Adresse aktuelle Mitteilungen, Termine, Grundsatzpapiere und Hintergründe des Evangelischen Arbeitskreises nachlesen und herunterladen. Natürlich werden auch die verantwortlichen Personen des Landesvorstandes und Kontaktadressen vorgestellt.

„Dieser Internetauftritt ist ein weiterer Meilenstein in der Arbeit des vor zwei Jahren neu gegründeten Landesverbandes“, betonte EAK-Landesvorsitzender Hans-Michael Bender. Der EAK verstehe das Internet als ein Forum der Diskussion über Politik, Kirche und Gesellschaft. „Unsere Arbeit wird transparenter.“ So könnte der EAK mehr Menschen erreichen und für die Diskussion drängender Themen unserer Zeit unter Zugrundelegung des christlichen Menschenbilds gewinnen.

Bender zog eine positive Bilanz der vor zwei Jahren fusionierten EAK-Landesverbände Baden und Württemberg. Man sei sich einig in der Zielsetzung, Politik aus christlicher Verantwortung mitzubetreiben und christliche Wertmaßstäbe auch in der CDU Baden-Württemberg einzufordern. Nach den Jahresthemen Familie (2003), Gottesstaat und Laizismus (2004) werde der EAK sich dieses Jahr insbesondere mit dem Thema „Menschenwürde – Leerformel oder Leitbild“ beschäftigen.

The screenshot shows the website for the Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU Landesverband Baden-Württemberg. The address bar displays <http://www.eak-badenwuerttemberg.de/>. The page features a navigation menu with tabs for 'Kontakt', 'Links', 'Home', and 'Suche'. The main content area includes a welcome message: 'Willkommen beim Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU in Baden-Württemberg'. Below this, there is a section titled 'Aktuelles' with a photo of Hans-Michael Bender, the Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Baden-Württemberg. The page also includes a sidebar with links for 'Wir über uns', 'Organisation', 'Presse', 'Termine', 'Evangelische Verantwortung', 'Veranstaltungen', 'Mitgliederbereich', 'Materialien', 'Spenden', and 'Download'. The footer contains the copyright notice 'Copyright EAK 2005. Thema 2.005'.

**Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!**

„Wohlauf, laßt uns eine Stadt und einen Turm bauen, dessen Spitze bis an den Himmel reiche, damit wir uns einen Namen machen...“  
(1. Mose 11,4)

Sei es nun im Privaten oder im Zwischenmenschlichen, im Beruf, im Gesellschaftlichen oder gar auf weltpolitischer Ebene, das Verstehen des Anderen scheitert tagtäglich im Großen wie im Kleinen. Dass wir uns als

Menschen untereinander in der Regel überhaupt nicht oder zumindest nicht genügend verstehen und einander verständlich machen können, mit dem Resultat, dass wir uns immer wieder in den daraus entstehenden Konflikten gegenseitig die Hölle auf Erden bereiten, das ist eine Erfahrung, die die gesamte Weltgeschichte bis auf den heutigen Tag hin durchzieht, und von der auch die Bibel in vielfältigster Weise zu berichten weiß.

Der Bericht vom „Turmbau zu Babel“ will die Zerstretheit und Zerrissenheit des menschlichen Kultur- und Weltstrebens deutlich machen. Die Menschen, die in das Licht der Geschichte zu treten beginnen, ihr ganzes Wissen und ihre gesammelten Kräfte bündeln, sie gehen mit diesem gottgeschenkten Potential und dieser eigentlich verdankten Macht keineswegs verantwortlich, dem Leben förderlich und behutsam um, sondern ihr Streben ist gänzlich umschlossen und gefangen von der Macht der Sünde, um allein einem Ziel zu frönen: sich „einen Namen“ (v4) zu machen!

Ein hoffärtiges und im Grund sinnloses Handeln entspringt diesem Menschheitstrieb, der um seine Wurzeln bei Gott schon längst nicht mehr weiß bzw. sich um diese nicht mehr meint kümmern zu müssen. Der Mensch, der sich selbstherrlich von Gott abgekoppelt hat, und der wähnt, durch sein eigenes Werk

seine Größe zu erhalten, um so etwa der Nichtigkeit durch die Zerstretheit entgehen zu können, wird von Gott eines Besseren belehrt: Am Ende seiner titanischen Wege steht genau das Urteil, das der sündhafte Mensch durch seinen Einsatz zu vermeiden dachte!

Wie anders ist nun aber die Erfahrung von Pfingsten: Die Sprachbarriere ist aufgehoben, Gott schenkt Verstehen, Gott schenkt seinen Geist, der sich wie ein Lauffeuer der Liebe Gottes in den Herzen der unterschiedlichsten Menschen ausbreitet und sie für Gott entzündet, predigend, Gott lobend und seinen Namen preisend anstatt des eigenen!

Nicht nur zur Festzeit von Pfingsten sollten wir dieses gottgeschenkten Wunders gedenken und schon gar nicht einfach nur im Erinnern von Fremderfahrungen anderer (wenn auch biblischer!) Zeugen verbleiben, sondern wir sollten uns immer wieder in unserem Leben bewusst machen, dass wir solche Erfahrungen des geschenkten Geistes Gottes durchaus selber schon gemacht haben und tagtäglich von neuem machen können: Wo Menschen einander verstehen und im Geiste Christi näher kommen oder wieder neu annehmen können, wo statt blinder Gewalt und abgründigen Rachestrebens sich die Liebe Gottes in unsere Herzen senkt, und wo sich schließlich Völker in Frieden miteinander verständigen und als Geschwister des einen Gottes erkennen, da geschieht das Pfingstwunder von neuem. Wir wollen jeden Tag erneut darum bitten, dass noch größere und schönere Pfingstwunder geschehen mögen!

*Meißner*

### Unsere Autoren:

Heinz Rudolf Kunze  
Büro HRK, Wolfgang Stute  
Postfach 5703  
30057 Hannover

Dr. Friedbert Pflüger MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Christian Meißner  
EAK-Bundesgeschäftsstelle  
Klingelhöferstr. 8  
10785 Berlin

Thomas Rachel MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin